

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis 2 Euro

Nr. 14 • Dez./Jan. • 21/22



**„Koalition des Fortschritts“? Arbeitszeit in Gefahr,
Hartz bleibt, Krankenhäuser unterfinanziert!**

**FÜR ECHTEN FORTSCHRITT:
EINE KÄMPFERISCHE
LINKE AUFBAUEN!**



Ampelkoalition wirft Wahlversprechen über Bord und bereitet Angriffe vor

Exekutivkomitee von Offensiv

Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP haben deutlich gemacht: die neue Regierung wird uns, den Beschäftigten, der Jugend und den Armen in Deutschland, nichts bieten als eine weitere Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die mageren Wahlversprechen, die es von SPD und Grünen gab, wurden bereits in den ersten Gesprächen unter den Teppich gekehrt, als hätte es sie nie gegeben.

Gleichzeitig, während sich die soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Krise weiter verschärft; tausende Beschäftigte in Deutschland erneut durch Lohnausfälle bedroht sind; unzählige Familien vor unbezahlbaren Strom- und Heizkosten stehen; während das Corona-Virus in einer vierten Welle auf ein kaputtgespartes Gesundheitssystem trifft und unsere Leben gefährdet... bereitet die Ampel weitere soziale Angriffe vor, im verzweifelten Versuch, die Profite des Kapitals zu retten!

Nein, diese Koalition ist keine „Klimaregierung“ und auch keine Regierung des Fortschritts! SPD und Grüne zeigen ein weiteres Mal: Es ist an uns, den Kampf für eine Politik in unserem Interesse in die Hand zu nehmen.

Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!

Die Geschwindigkeit, mit der auch die geringsten sozialen Forderungen durch die SPD-Verhandlungsführer fallen gelassen wurden, offenbart erneut alles über die Führung der Partei; auch nach der „linken“ Wahl von Walter-Borjans, Saskia Esken und Juso-Chef Kevin Kühnert, der sich vor vier Jahren noch durch seine Opposition zu einer „prinzipienlosen“ Koalition mit der Union einen Namen machte.

Gleich zu Beginn der Sondierun-

gen wurde den in Unruhe geratenen Versicherungsunternehmen zu verstehen gegeben, dass es unter einer Ampel keine „Bürgerversicherung“ geben würde; also ein Versicherungssystem, das dem Zwei-Klassen-System in deutschen Krankenhäusern ein Ende macht und die privaten Krankenversicherungen abschafft. Diese Forderung war ein zentraler Punkt im Wahlprogramm der SPD! Noch im September hat sich die Partei im „Vorwärts“ gerühmt, einen „gleich guten Zugang zur medizinischen Versorgung für Alle“ durchsetzen zu wollen. Diese Phrasen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.

Was ist mit den Arbeitern und Arbeitslosen? Zwar hat die Regierung angekündigt, den Mindestlohn im kommenden Jahr tatsächlich auf (nur) 12€ anheben zu wollen, aber die SPD-Spitze will gleichzeitig „Experimentierräume“ bei Arbeitszeiten schaffen. Im Klartext: die Höchstarbeitszeit von 8 Stunden pro Tag soll gelockert werden. Ein direkter Angriff auf eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Deutschland!

Auch beim Umweltschutz steht die SPD im krassen Kontrast zu ihrem Wahlkampf vor einigen Wochen. Haben sie damals Olaf Scholz als „Klimakanzler“ inszeniert, zeichnet er sich nun vor allem durch Stillschweigen aus. Es ist richtig, dass Tausende Jugendliche sich durch diese Politik betrogen fühlen! Erst vor wenigen Wochen skandierten 20.000 Schüler auf einer Fridays-for-Future Demonstration in Berlin den aus der Novemberrevolution stammenden Spruch „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ und blockierten das Willy-Brandt-Haus. Doch wer den Spruch anfängt...

Wer war mit dabei? Die Grüne Partei!

...sollte ihn auch zu Ende sagen! Die Politik der Grünen gleicht einem einzigen inszenierten Theaterstück. Sie stehen der SPD in nichts nach. Konnten sie bei den Wahlen noch viele Erstwähler mobilisieren und als Opposition zur bisherigen Politik auftreten, entpuppt sich das jetzt als heiße Luft!

Einige Beispiele sind bezeichnend. Während sie in ihrem Wahlprogramm lautstark Hartz IV angriffen und von seiner nötigen „Überwindung“ sprachen, haben sie jetzt bloß die Umbenennung von Hartz IV in „Bürgergeld“ angekündigt – ein netteres Wort für das gleiche Elend! Außer, dass es bessere Möglichkeiten zum „Zuarbeiten“ geben soll, wurde kein Wort verloren, wie es sich vom bisherigen ALG II unterscheiden soll: Kein Wort zu einer Erhöhung des Monatsbetrags, keines zu einem Ende der brutalen und unsozialen Sanktionen! Sogar die eigene Jugendorganisation ist empört und fordert mindestens 600€ monatlich ohne Sanktionen und hat mit einer Ablehnung des Koalitionsvertrags gedroht.

Nein zur Zerschlagung der Deutschen Bahn. Für ein Programm im Interesse der Arbeiter und der Jugend

Ebenso stecken Grüne und FDP hinter einem der empörendsten Pläne der Ampel. Sie schlagen die Zerschlagung, Ausgliederung und Privatisierung der Deutschen Bahn AG vor, bisher zu 100% in der Hand des Bundes. Der Betrieb des Schienennetzes soll in der Hand einer GmbH nach dem „Allgemeinwohl“ funktionieren, während der Betrieb auf der Schiene vollends privaten Firmen übergeben werden soll. Das ist Privatisierung in ihrer dreistesten Form: Die Gewinne werden privaten Anbietern gegeben, während Verluste und Schäden aus öffentlichen Geldern bezahlt werden!

Jeder sollte sich angesichts dieser „grünen“ Politik fragen, in wessen Interesse die Grünen arbeiten. Sieht so Umweltschutz im Interesse der Beschäftigten, der Jugend und der Armen aus? Oder handelt es sich nicht schlicht um eine grün angestrichene neoliberale Politik aus Privatisierungen, Kürzungen und Umverteilung von Unten nach Oben?

Wir brauchen keine Privatisierung der DB, die eines der wichtigsten und umweltfreundlichsten Verkehrsmittel Deutschlands noch weiter für den „freien Markt“ (also die zerstörerische Anarchie des Kapitalismus) öffnet! Wir brauchen einen demokratisch geplanten Ausbau des Schienennetzes und des Betriebs und einen kostenlosen Nah- und Fernverkehr, im Interesse der Beschäftigten und der Kunden; eine komplette Rückverstaatlichung der Deutschen Bahn unter Arbeiterkontrolle!

SPD und Grüne werden Sparpolitik der Merkel-Ära nicht beenden!

SPD und Grüne werden die neoliberale Kürzungspolitik der Merkel-Ära in der Regierung nicht beenden. An allen entscheidenden Stellen – die Aufrechterhaltung von Hartz IV und Schwarzer Null, der absurde Vorschlag, einen Teil des Rentenfonds an den Aktienmärkten anzulegen, kein Wandel in der Wohnpolitik, Christian Lindner als Finanzminis-

ter, im Bereich Gesundheit,... – zeichnet sich eine Fortsetzung der kapitalistischen Sparpolitik ab.

Diese Politik ist ein Balanceakt für die Ampelparteien und den neuen Bundeskanzler Olaf Scholz. Laut einer Forsa-Umfrage sind die Zustimmungswerte für eine Ampelkoalition allein im Zeitraum von der Wahl bis Mitte November um 10% (von 40% auf 30%) gesunken.

Und wäre ein Bruch mit der Sparpolitik in den Schranken des Kapitalismus überhaupt möglich? Im vergangenen Jahr hat die deutsche Regierung – unter Zustimmung aller großen Parteien – ein beispielloses Rettungspaket für Banken und Konzerne verabschiedet, das in seinem Volumen (ein Drittel des BIP) keinen Vergleich kennt. Auch macht sich die kapitalistische Krise mit aller Kraft bemerkbar: Bereits im August ist die Industrieproduktion erneut um 4% zurückgegangen; die internationalen Konflikte der Supermächte und die bisher heftigste Corona-Welle verhindern eine „baldige wirtschaftliche Erholung“, wie sie von den kapitalistischen Ökonomen seit eininhalb Jahren vorausgesagt wird.

Die Ampelparteien haben bereits jetzt gezeigt, dass wir es sein werden, die die Folgen dieser Krise am heftigsten spüren. Das wird auch in Zukunft die Stabilität einer Ampel-Regierung untergraben und SPD und Grüne zunehmend in Konflikt mit großen Teilen ihrer eigenen Basis bringen. Wirkliche Veränderungen werden nicht von der Führung dieser Parteien in der Regierung kommen! Sie werden auch in den nächsten Jahren auf der Straße und in den Betrieben erkämpft werden!

Zurück auf die Straße, streiken im Betrieb! Für eine Sozialistische Offensive der Arbeiterklasse

Die sinkende Zustimmung für die Koalition und die Krise eröffnen klare Perspektiven für eine linke Politik. Es ist eine wichtige Entwicklung, dass die EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) Protest gegen die Zerschlagung der DB AG angekündigt hat, genauso wie der DGB als Ganzes Widerstand gegen eine mögliche Änderung des Gesetzes zur Höchstarbeitszeit leisten will.

Die wichtigste Aufgabe für jede Partei, die sich auf die Fahne schreibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist es, an diesem Widerstand anzusetzen und eine wütende Kampagne in den Betrieben und Schulen gegen diese massiven Angriffe auf unsere Lebensbedingungen zu starten.

Doch die LINKE benimmt sich wie ein geprügelter Hund. Sie hat eine Wahlniederlage eingefahren, aber statt die Lehren daraus zu ziehen, hüllt sie sich in Schweigen. Dabei war das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte die QUITUNG einer Politik des Anbietens an die herrschende Politik auf Landes- und Bundesebene und die Aufgabe ihres eigenen Programms bei jeder Gelegenheit!

Der neoliberale Kurs der Ampelregierung wird neue soziale Konflikte hervorbringen. Wir kämpfen innerhalb der Partei, auf der Straße, in den Schulen und Betrieben für eine Arbeiterpartei, die mit dem Programm des Marxismus bewaffnet ist und für die Enteignung der Finanzoligarchie und die Verstaatlichung des gesamten Reichtums des Landes unter demokratischer Kontrolle eintritt – für einen echten, sozialistischen Umbau der Gesellschaft!



Vonovia & Co. enteignen! Jetzt erst recht!

Jarla Sgries

Wohnen wird immer teurer. Ungefähr 49% der Haushalte in Großstädten gibt mehr als 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete aus und circa 12% sogar 40%. Durch die zusätzliche Inflation, höhere Heizkosten und steigende Lebensmittelpreise können sich immer weniger die Mieten leisten.

Allein im Jahr 2019 gab es in Berlin 5000 Zwangsräumungen und in ganz Deutschland leben etwa 600.000 Menschen ohne eine Wohnung, während über eine Millionen Wohnungen leer stehen.

Rot-Rot-Grün in Berlin: Ein Sieg für die Mieterbewegung?

2018 hatte sich im rot-rot-grün regierten Berlin eine Bewegung gegründet, um für bezahlbaren Wohnraum zu kämpfen: Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

Man müsste meinen, dass in einem Land, wo DIE LINKE in der Regierung sitzt, diese sich direkt hinter die Bewegung stellt und die Forderungen umsetzt, wie es die Reformisten und Befürworter „linker“ Regierungsbeteiligungen immer versprechen, oder? Doch was ist bisher zur Umsetzung des Berliner Volksentscheids passiert? Richtig! Nichts. Statt die Forderungen umzusetzen, hat DIE LINKE vor den jetzigen Koalitionsgesprächen im vorseilenden Gehorsam ihren kapitalistischen Verbündeten versprochen, die Mietproblematik auf dem Koalitionsvertrag auszuklammern, damit ihre Bürokraten die Regierungsposten nicht verlieren.

Doch die Mietproblematik auszuklammern bedeutet Verrat: Der neue Senat unter Franziska Giffey plant eine Kommission zur Umsetzung des Volksentscheids – in Gutdeutsch seine Verschleppung, um ihn letztlich ad acta zu legen.

Was muss DIE LINKE in Berlin tun?

In der vergangenen Wahl wurde in den meisten Regionen, in denen der Volksentscheid hohen Zulauf hatte, Grün gewählt. Doch DIE LINKE könnte das ändern. Statt sich von Grünen und SPD programmatisch entzweiteln zu lassen,

müsste sie den Verrat skandalisieren und Bedingungen stellen: Für die sofortige Durchsetzung des Volksentscheids und die Einrichtung eines zentralen Mieterrats zu ihrer Überwachung. Das hätte sie sicherlich in die Opposition getrieben – von der aus sie die Grünen unter Druck setzen, den Rücktritt Giffey und Neuwahlen für den Fall des Betrugs des Volksentscheids hätte fordern können. DIE LINKE hätte damit nicht nur die eigene Existenz gerettet, sie hätte auch der Mieterbewegung politische Führung und neuen Aufschwung geben können.

Was lernt DIE LINKE aus der Berliner Niederlage?

In Berlin hat DIE LINKE gelernt, wie machtlos ihre Position in der Regierung ist, wenn es um die Durchsetzung ihrer politischen Forderungen geht. An der Regierung wurde ein Mietendeckel beschlossen. Doch wie immer haben die Kapitalisten einen Weg gefunden, um auch den kleinsten Brotkrumen nicht hergeben zu müssen. Nach kurzer Zeit wurde der Mietendeckel vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und abgeschafft.

Und was hat die Linke gemacht? Wieder nichts! Anstelle Proteste zu organisieren und den Kampf für Verbesserungen auf der Straße zu führen wurde versprochen es auf der Bundesebene zu probieren. Bisher ergebnislos.

DIE LINKE muss einen Kampfplan vorlegen!

Der Volksentscheid ist nur ein Beispiel für den hohen Preis, den die Führungsriege der LINKEN bereit sind zu zahlen, um ihre Regierungsposten zu halten. Denn an ihnen hängen satte Gehälter, gutbezahlte Jobs und ein fetter Apparat, der selbst nur noch wenig von den sozialen Kämpfen der Unterschicht und Arbeiter hat.

Wir müssen in der Partei für eine Wende kämpfen! Wir brauchen eine Partei mit einem klarem Klassenprogramm, das die Bewegung organisiert und sich an ihre Spitze stellt um sie nach vorne zu bringen. Die Partei muss den Druck potenzieren statt zu besänftigen. Es braucht Klassenkampf statt Klassenverbrüderung aus Angst seine Posten zu verlieren! Nein zu pro-kapitalistischen Regierungsbeteiligungen, die nicht zum Fortschritt sondern zum über Bord werfen aller Prinzipien führen!

DIE LINKE hat durch ihre Größe und Bekanntheit die Macht und Ressourcen große Proteste zu organisieren, langfristige Kampfstrukturen zu bilden und wirklich etwas zu bewirken. Sie kann nicht in einer Regierung bleiben, die Zwangsräumungen unterstützt und sich gleichzeitig heuchlerisch hinter eine Bewegung gegen den Mietenwahn stellt. Wir brauchen eine Partei ohne Privilegien und Bürokraten, dafür mit einem klaren sozialistischen Programm und Orientierung auf die Klasse der Arbeiter und Armen! DIE LINKE muss einen Kampfplan vorlegen, um den Kampf in Berlin und mit ihm viele andere zu gewinnen! ■

TV-L: Abschluss ablehnen! Erzwingungsstreiks organisieren!

Juri Zinn

Am 29. November wurde bekannt, dass sich Tarifkommission und die Tarifgemeinschaft der Länder auf ein Ergebnis geeinigt haben: 14 Monate ohne Lohnerhöhung, erst im Dezember 2022 eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent, eine Sonderzahlung von 1.300 Euro Anfang des Jahres und eine Laufzeit von 24 Monaten.

Ver.di ging mit den Forderungen von 5% mehr Lohn, mindestens 150 Euro und 12 Monaten Laufzeit in die Verhandlungen. Schon vor der Verhandlungsrunde wurde von den Arbeitgebern angekündigt, an die Eingruppierung zu wollen und damit an die Gehälter der Kollegen! Das Ziel ist klar: Sparen! Der kleinste öffentliche Dienst Europas soll weiter kaputt gespart werden.

Auch wenn die Eingruppierung nicht angegangen wurde, bleibt das Ergebnis ein Sieg für die Arbeitgeber. Manche Gewerkschaftsfunktionäre wollen nun die 1.300 Euro Sonderzahlung als indirekte Gehaltserhöhung verkaufen, da diese bei unteren Lohngruppen auf 14 Monate gerechnet um die 2% netto ausmachen. Tatsächlich ist dieses Ergebnis bei 5% Inflation eine Lohnkürzung! Eine Einmalzahlung ist abgabefrei, fließt also unter anderem nicht in die Rente, und auf ihr kann bei den nächsten Verhandlungen nicht aufgebaut werden.

Der Fisch stinkt vom Kopf!

Schon während der Verhandlungsrunde wurde von den Gewerkschaftsspitzen ein schlechtes Ergebnis vorbereitet: Man könne entweder kurze Laufzeit oder Lohnerhöhung haben, sonst drohe ein Auseinanderfliegen der Ländergemeinschaft. Besonders den aktiven und kämpferischen Kollegen wurde zugerufen, dass mit einem bundesweiten Organisationsgrad von nur 5 Prozent nicht viel erreicht werden könne.

Blanker Hohn! Nicht die Länderbeschäftigten, die noch nach dem Tarifvertrag Öffentlicher Dienst bezahlt werden, haben den geringen Organisationsgrad zu verantworten, sondern die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaftsbosse!

Der Fisch stinkt vom Kopf. Wir haben die Argumentation der Gewerkschaftsspitzen immer abgelehnt: Nur eine organisierte Arbeiterklasse kann sich gegen Angriffe der Arbeitgeber, wie die Sprengung der Flächentarifverträge wehren! Und nur Beschäftigte die kämpfen erreichen einen hohen Organisationsgrad! Um Kollegen zu mobilisieren statt zu frustrieren wären deutlich höhere Forderungen, und mindestens ein Kampf um die volle Erfüllung der aufgestellten Forderungen nötig gewesen!

Frank Werneke, Vielverdiener und im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, spricht von einem „in weiten Teilen re-



spektablen Ergebnis“. Würde er das nicht, müsste er die volle Verantwortung übernehmen für den Ausverkauf im TV-L! Ver.di blieb über zwei Verhandlungsrunden, in denen kein Angebot gemacht wurde, und selbst noch bei der dritten Verhandlungsrunde am Tisch, in der wieder nur Angriffe angekündigt wurden.

Diese „Taktik“ ist nicht mit dem Organisationsgrad oder der pandemischen Lage zu erklären! Es gab keine Vorbereitungen einer Urabstimmung, keine Androhung von Vollstreiks, keine Versuche der kompromisslosen Haltung der Arbeitgeber mit Stärke zu begegnen!

Die besonders stark von der Pandemie betroffenen Bereiche waren die kampfbereitesten. Die Hälfte aller Warnstreiktage leisteten Beschäftigte der Unikliniken in NRW. Der Tarifvertrag sieht verschiedene Schichtzulagen für besonders von der Pandemie belastete Kollegen wie für Intensivstationen vor, die laut ver.di in den Entgeltgruppen 5 und 6 bis zu 5,1 Prozent netto Lohnzuwachs bedeuten können. Am 30. November, einen Tag nach der Bekanntmachung, stieg die Inflation auf 5,2%! Die Hoffnungen der seit langen am Limit arbeiten Kollegen wurden damit ebenso zu Nichte gemacht. So wird die Flucht aus der Pflege nicht gestoppt und die Kampfkraft der Gewerkschaft in ihren stärksten Bereichen nicht ausgebaut.

Wir müssen diesen Tarifvertrag ablehnen! Um die Spirale nach unten zu durchbrechen, können sich die Beschäftigten ein solches Ergebnis nicht leisten – weder im Portmonnaie noch gewerkschaftspolitisch!

Die Gewerkschaftsführung hat erneut bewiesen, dass ihre Politik ein Hindernis ist, wenn es um die Erämpfung dringend nötiger Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geht! Kämpf mit uns, für eine Offensive der Arbeiterklasse und kämpferische und demokratische Gewerkschaften! ■



Cannabislegalisierung: Aus Drogenhändlern erfolgreiche Unternehmer machen

Laura Calderón und Alex García

Dieser Artikel wurde von unserer spanischen Schwesterorganisation veröffentlicht. Er beantwortet Fragen, die auch in Deutschland derzeit eine Rolle spielen; vor allem die einer Cannabislegalisierung unter der Ampelkoalition. Die Haltung der Linkspartei dazu ist vergleichbar der, die Podemos im spanischen Staat einnimmt. Ihr soll hier vom Standpunkt des Marxismus entgegnet werden.

„Natürlich sind sie Geschäftsleute, Unternehmer. Die Leute, die den Drogenhandel betreiben, unterscheiden sich nicht von den anderen, außer dass sie mehr unternehmerische Initiative haben und weniger besorgt sind, anderen zu schaden. In diesem Sinne sind sie verantwortungslos. Aber sie haben ein Geschäft und versuchen, so viel wie möglich daraus zu ziehen.“ Dass Milton Friedman, Guru des Neoliberalismus, die Rolle der Drogenhändler so offen angesprochen hat, bietet eine klare Vorstellung von den enormen wirtschaftlichen Interessen, die in der Debatte um die Legalisierung von Cannabis auf dem Spiel stehen.

Aus der Perspektive ihrer Klasse – der Kapitalisten – ist jede Gewinnquelle unabhängig von sozialen Konsequenzen legitim. Das Problem beginnt, wenn aus den Reihen der Linken solche Ideen aufgenommen werden und es darum geht, die Legalisierung von Drogen als Lösung für die Probleme der Jugend darzustellen.

Warum gerade jetzt?

Gerade jetzt, wo die Daten zur Jugendarbeitslosigkeit überwältigend sind, wo psychische Krankheiten für Millionen junger Menschen epidemisch geworden sind, die Mieten durch die Decke gehen, ... genau jetzt wurde eine politische und mediale Offensive entfesselt, um uns von den enormen Vorteilen der Legalisierung von Cannabis zu überzeugen.

Für Arbeiterjugend und Familien stellt sich die Frage, ob die Legalisierungskampagne auch uns Gründe zum Feiern gibt. Können wir sagen, dass die Möglichkeit, dass der Cannabiskonsum exponentiell zunehmen wird, eine gute Nachricht ist?

Die Cannabisbosse machen sich bereit

Jesús Rodríguez von *El País* erklärt: „Niemand möchte den grünen Goldrausch verpassen. Wir sprechen nicht mehr von Kleinkriminellen, sondern von einem neuen Wirtschaftssektor, der bereits 75 Millionen Verbraucher hat und anfängt, Genetiker, Chemiker, Logistiker, Buchhalter, Anwälte, Kommunikatoren, Lobbys und Investmentfonds zu haben. Vergiss die Kiffer; die Krawatten kommen ins Land.“ Und tatsächlich: Großkonzerne wie Coca-Cola oder Philip Morris, beginnen bereits, sich in diesem Sektor einzurichten.

Doch da schlechte Arbeitsbedingungen und Armut bereits unsere Nachbarschaften plagen und sich in der Jugend ein Klima der Frustration ausbreitet, ist es Betrug, den Marihuanakonsum als Lösung anzupreisen.

Natürlich sind die Maßnahmen, Jugendliche für den Konsum verantwortlich zu machen, sie Geldstrafen zahlen zu lassen und die zu verfolgen, die am Wochenende Joints rauchen, nur ein Bild der Verrottung der vorherrschenden Moral.

Doch man muss sich nur die Situation in den USA ansehen, wo die Marihuana-Produktion in Staaten wie Kalifornien bereits eine große Industrie ist oder wo der Konsum von Heroin und anderen Opioiden eines der größten Massaker der Geschichte darstellt. Natürlich machen Pharmaunternehmen dank der Verschreibung von stark süchtig machenden Pillen und Marihuana, deren Verkauf in vielen Staaten bereits legalisiert ist, ein beachtliches Geschäft!

„Nur wenn der Markt reguliert ist, kann er kontrolliert werden“ sagen Verfechter der Legalisierung. Sehen sie nicht, was mit dem „regulierten“ Markt für Strom oder Immobilien passiert? Und in Fall der Drogen ist es noch dramatischer, weil wir über die Gesundheit und das Leben von Tausenden von Menschen sprechen. Die kapitalistische „Marktregulierung“ ist und bleibt eine Utopie, so sehr die Reformisten sie auch als Allheilmittel gegen Monopole verteidigen!

Eine revolutionäre Alternative der Arbeiterklasse

Für Marxisten ist das Drogenproblem keine Frage des moralischen oder juristischen Urteils. Unsere Position wird aus einer revolutionären Perspektive bestimmt, das heißt durch alles, was den Unterdrückten dazu dient, den Kampf um ihre Befreiung voranzutreiben. Drogen sind nicht nur ein wirtschaftlicher Gewinn für die Kapitalisten, sie sind auch eine Waffe der sozialen Kontrolle, um die Jugend und Arbeiter zu atomisieren und zu assimilieren.

Der Kampf unserer Klasse, besteht darin, uns von der Barbarei zu befreien, die uns der Kapitalismus auferlegt. Der Kampf gegen die giftige und entfremdende Rolle der Drogen ist dabei von grundlegender Bedeutung. Und er ist eine Aufgabe, die nur von der Arbeiterklasse und den Unterdrückten organisiert gelöst werden kann.

Sowohl Repression als auch Legalisierung haben sich als machtlos erwiesen, weil sich die kapitalistische Ordnung wirtschaftlich und sozial von dieser Geißel ernährt. Nur mit einem revolutionären Programm, das die Vermögen der Drogenhändler und der Banken, die dieses Geschäft unterstützen, enteignet, können wir diese Mittel in Pläne zur Betreuung und Rehabilitation von Drogenabhängigen investieren, unsere Lebensbedingungen verbessern und den Zugang zu Freizeit, Kultur und menschenwürdiger Bildung verallgemeinern! ■

Corona in Deutschland: Ein Schrecken ohne Ende?

Rasmus Schad

Es scheint kaum vorstellbar, doch noch im Oktober wurde heiß über das Ende sämtlicher Corona-Maßnahmen diskutiert. Der „Freedom Day“ war Thema jeder Talk Show. Schon im Wahlkampf wurde davon gefaselt, dass sich die Bedrohung durch Corona mit der Impfkampagne in Luft auflösen würde. Vier Wochen später wurden neue Rekorde an Infizierten gemeldet und viele Krankenhäuser sind an der Belastungsgrenze. Weder die alte noch die neue Bundesregierung hat Ideen, wie das Personal des kaputtgesparten Gesundheitssystems zu entlasten ist. Stattdessen wird vorgeschlagen, den Mindestpersonalschlüssel auszusetzen, um noch mehr Kranke auf überfüllte Station zu schicken.

Mit Hurra in den Abgrund

Diese Situation ist Ausdruck der Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien egal welcher Farbe ein effektives Programm zum Schutz der Arbeitenden, der Schülerinnen und Schüler und der Rentner zu entwickeln. Die jetzige Katastrophe ist eingetreten, obwohl Deutschland im Sommer in einer extrem komfortablen Situation war. Die niedrigen Inzidenzen hätten die Möglichkeit zur effektiven Kontaktverfolgung gegeben. Massentests, wie es sie in anderen Ländern gab, die sehr viel erfolgreicher in der Pandemiebekämpfung sind, etwa Vietnam, Südkorea und China, hätten die konkrete Identifikation von Virusherden und die Unterbrechung der Infektionsketten möglich gemacht.

Chaos statt Planung

Alle Parteien von CDU bis Grüne haben erst Untätigkeit, dann kopflosen Aktionismus gewählt. Beinahe über Nacht wurde 3G am Arbeitsplatz eingeführt; es scheint nur eine Frage der Zeit, bis flächendeckende Lockdowns wieder an der Tagesordnung sind. Die Infrastruktur für die Durchführung von Tests wurde im Sommer abgebaut und es wurde kein System entwickelt, das die oft von zwielichtigen Unternehmern betriebenen, teuren Testzentren durch staatliche, qualitative Angebote ersetzt. Impfkapazitäten wurden abgebaut, in Mecklenburg-Vorpommern wurde etwa die Impf-Hotline des Gesundheitsministeriums am 1. November abgeschaltet, nur um eine Woche später wieder in Betrieb genommen zu werden.

Die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, die Pandemie alleine durch die Impfung beerdigen zu können, wird enttäuscht werden. Der Impfschutz durch die aktuell verwendeten Vakzine hält wohl kaum ein halbes Jahr, zusätzlich ist unklar, wie die Wirkung gegen neue Mutanten wie Omicron aussieht. Gerade die Aussicht, dass regelmäßige Auffrischimpfungen notwendig sein könnten um der Krankheit dauerhaft Herr zu werden, bestätigt unsere Forderung nach einer Vergesellschaftung des gesamten Gesundheitssystems, inklusive der Produktion und Entwicklung von Arzneimitteln.

Sie retten Profite statt Leben

Die skandalöse Situation, dass staatliche Forschung, die zur Entwicklung der Impfungen durchgeführt wurde, die Gelddruckmaschine für private Pharmakonzerne geworden ist, darf nicht bestehen bleiben. Laut einer Studie des Bündnisses „The People's Vaccine“, das einen allgemeinen Zugang zu Impfungen zum Herstellungspreis fordert, hat die EU alleine für die Impfdosen dieser beiden Unternehmen 31 Milliarden Euro mehr als die Produktionskosten gezahlt. Geld, das mindestens 9 Profiteure dieser neoliberalen Politik zu Neu-Multimilliardären gemacht hat, während für die Arbeitenden des Gesundheitssektors wenig mehr als Klatschen und warme Worte bleibt.

Auch wenn die Krankenpfleger unter der Belastung der Pandemie ächzen, gibt es auch in den privatisierten Krankenhäusern Deutschlands natürlich Gewinner: Der Aktienwert des größten deutschen Gesundheitsdienstleisters, der Helios-Kette hat sich seit November 2019 etwa verdreifacht und konnte durch die Übernahme von vier weiteren Krankenhäusern mit etwa 1.300 Betten sowohl expandieren, als auch die Dividende um 5% erhöhen.

Die Profitmacherei mit einem der elementarsten Bedürfnisse ist Ausdruck der Absurdität des Spätkapitalismus. Alle Beispiele zeigen, dass die Pandemie nur durch eine zentral organisierte, geplante Antwort gestoppt werden kann. Die herrschende Politik soll nicht unsere Gesundheit schützen, sondern die Profite der Kapitalisten. Umgesetzt wird nur, was Aktienkursen und Dividenden nicht schadet. Das Bestreben diese kurzfristig zu schützen macht die bürgerliche Politik unfähig, langfristige Perspektiven für die Bekämpfung der Pandemie zu entwickeln. ■



1. Wir haben von Beginn der Pandemie das Impfen verteidigt, und die Forderung eines öffentlichen Impfprogramms aufgestellt: Für die Aufhebung der Patente, Verstaatlichung und geplanten Einsatz der Kapazitäten der Pharmariesen und ihrer Zulieferer und das Vortreiben ihrer Produktion unter demokratischer Kontrolle. Die Impfquote von 68 Prozent muss deutlich erhöht und in allen Nachbarschaften umfassend über die Impfungen aufgeklärt werden.

2. Aktuell wird der Schwerpunkt der medialen Diskussion auf Maßnahmen wie eine Impfpflicht für Erzieher, Lehrer oder Altenpfleger; 2G in Bussen oder einen Lockdown für Ungeimpfte gelegt. Das soll alle Verantwortung auf individuelle Verhaltensweisen schieben, um nicht von den Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitsbereich zu sprechen, und den Millionenprofite der Pharmaunternehmen in der Pandemie. Profite ohne jede soziale Verantwortung: EU und die europäischen Regierungen haben alle Verantwortung für die Impfstoffe von den Unternehmen genommen, wie die unterzeichneten Verträge belegen.

3. Der langsame Impfprozess und die ungleiche internationale Verteilung der Impfstoffe, die auf die Profitmaximierung der Impfkonzerne zurückzuführen sind, erhöhen die Gefahr schwerer Mutationen. Das ist eine Konsequenz der Funktionsweise des kapitalistischen Systems.

4. Der einseitige Fokus auf die Frage von Impfen und 2G soll von den fundamentalen Fehlern ablenken, die bei der Pandemiebekämpfung gemacht wurden: Bis heute werden die volle Ausfinanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens und ein Privatisierungsstopp verweigert. Die Erzählung, die Ungeimpften seien die Schuldigen am Pandemieverlauf, soll davon ablenken, und sucht die Ursachen der tiefen Katastrophe der Coronapandemie auf der individuellen Ebene.

5. Die einseitige Schwerpunktverlagerung auf die Frage des Impfens ist ein Symptom der strukturellen Fehlplanung, die jetzt kaschiert werden soll, indem die „Eigenverantwortung der Arbeitnehmer“ für das Pandemiegeschehen hochgehalten wird.

6. Diese Behauptung wird dadurch konterkariert, was die Bundesregierung bisher zur Pandemiebekämpfung in den Betrieben gesagt hat: Nie gab es konsequente Lockdowns der Industrie und flächendeckende Massentests! Erzieher hatten zu Anfang nicht nur keine öffentlich finanzierten Masken, Nein! Ihnen wurde vom Arbeitgeber verboten, Masken am Arbeitsplatz zu tragen! Während die Bundesregierung ungeimpfte Arbeiter als „Treiber der Pandemie“ anprangert, lies sie den Bossen freie Hand und förderte so Masseninfektionen bei Tönnies, Airbus,...

7. Zeitgleich zur Auskunftspflicht für Beschäftigte über den Impfstatus, wurden kostenlose öffentliche Tests genau vor dieser Welle abgeschafft, obwohl auch geimpfte Kollegen Covid übertragen können, und PCR-Tests eine Infektionsübertragung viel sicherer ausschließen, als

10 Thesen zur Coronapolitik

Eine sozialistische Perspektive



die Impfung. In China, wo das Virus weitgehend ausgerottet wurde, wird in Bezirken, wo Neuinfektionen auftreten, sofort mit flächendeckenden Massentests reagiert und auch in Wien steht jedem wöchentlich ein kostenloser PCR-Test zu. Die Strategie erweist sich, gemeinsam mit den Impfungen, als einzig zuverlässige bei der Ausrottung des Virus – deshalb treten wir für eine 1G-Regelung (1G für „Getestet“) ein.

8. Die strategische Verlagerung auf Impfen statt Testen ist eine kapitalistische Sparmaßnahme. Mangelnde Tests verbergen die Verbreitung des Virus, statt ihn

auszurotten. Massentests wären möglich gewesen, hätte man sie der privaten Profitmacherei aus der Hand genommen und als Teil eines zentralen Plans zur Pandemiebekämpfung effektiv eingesetzt: Universitäten besitzen Maschinen zur Auswertung von PCR-Tests, die von universitärem Personal und Studierenden bedient werden können. PCR-Labore wie am Hamburger Jungfernstieg sind nicht ausgelastet, weil so wenige Tests ausgewertet werden. Bosch kann Maschinen produzieren, die mehrere PCR-Tests die Stunde auswerten können – und baut Stellen ab. Flächendeckende Massentests wären möglich gewesen, hätte man ihnen die Planung der

Produktion aus der Hand genommen.

9. Zeitgleich ist auch die Nachverfolgung der Infektionsketten ausgehebelt worden: Die Gesundheitsämter sind Opfer des kapitalistischen Sparkurses, und der Staat soll auch die Kosten der Unternehmens- und Bankrettungen des letzten Jahres tragen, die in private Profite verwandelt wurden.

10. Die aktuelle Coronapolitik ist ein Totalversagen kapitalistischer Gesundheitspolitik! Die Bundesregierung hat nun seit fast zwei Jahren bewiesen, dass sie das Diktat der Konzerne: „Gesundheitswesen privatisieren und kaputtsparen, alle Infektionsschutzmaßnahmen so profitabel wie möglich organisieren, lasst die Arbeiter zahlen!“ voll und ganz umsetzen wird.

Diese Politik geht am Interesse der Beschäftigten vorbei! Arbeiterinnen und Arbeiter mussten sich Infektionsschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz über ihre Betriebsräte hart erkämpfen, und gegen die Unternehmensführungen durchsetzen!

Die Chefs haben versagt! Deshalb müssen die demokratischen Entscheidungen über die Pandemiebekämpfung den Belegschaften übertragen werden! Wir befürworten ein umfassendes Impfprogramm, aber sind gegen Repressionen oder Kürzungen unserer demokratischen Rechte mit der Entschuldigung der Impfpflicht. Wir brauchen eine betriebliche Entscheidung der Arbeitenden über Infektionsschutzmaßnahmen in ihrem Betrieb wie Abstände, Luftfilter betriebliche Teststrategien, Masken, ... unter voller Einhaltung des Arbeitsrechts (wie der 15-minütigen Pause für Maskenträger!), und Verbesserungen und Erweiterungen der Arbeitsrechte um die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter und Gesamtbevölkerung zu gewährleisten.

Wir brauchen einen Kampf um die Ausfinanzierung des Gesundheitswesens, die Verstaatlichung aller relevanten Sektoren, flächendeckende Massentests, den Bau neuer Krankenhäuser und die Wieder-Inbetriebnahme geschlossener, einen Plan zur Einstellung von 160.000 benötigten Pflegekräften, den Bau großer Quarantänezentren, Luftfilter in Schulen, die demokratische Entscheidung der Schüler- und Lehrerschaft über die Unterrichts- und Benotungsform, die Ausweitung der Raumkapazitäten der Kitas und Schulen und die Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Pharmaindustrie und Ausweitung der Maßnahmen für eine umfassende Pharmakovigilanz.

Nur eine massenhafte Teststrategie, demokratische Planung und lückenlose, menschnahe Aufklärung kann die Katastrophe des Coronavirus beenden!

Banken und Konzerne müssen unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht und geplant eingesetzt werden! ■

Cádiz: Gewerkschaftsbürokratie gegen den Metallstreik. Bilanz eines historischen Streiks



Exekutivkomitee
Izquierda Revolucionaria

Der Kampf der Metallarbeiter von Cádiz war weit mehr als ein Arbeitskampf um einen Tarifvertrag. Er ist zu einer sozialen Rebellion gegen die jahrelange Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, gegen die wachsende Armut und gegen eine Gewerkschaftspolitik geworden, deren Strategie des Verzichts die Bosse ermutigt hat.

Die PSOE-UP-Regierung war vom Ausmaß des Streiks schockiert. Er hat ihre Propaganda von der „fortschrittlichsten Regierung der Geschichte“ und dem von ihnen errichteten „sozialen Schutzschild“ untergraben. Die massive Unterstützung der Bevölkerung von Cádiz für die Streikenden, die sich im ganzen Staat verbreitet hat, hat die tiefe, angestaute soziale Wut ans Licht gebracht. Die Vertreter dieser „linken Regierung“ rühmen sich mit ihrem Verständnis für soziale Probleme, aber wenn es drauf ankommt, schicken sie Panzer und bis an die Zähne bewaffnete Bereitschaftspolizisten, um die Streikenden brutal zu unterdrücken.

Als der Widerstand der Bevölkerung gegen die Polizeigewalt und die Teilnahmerzahlen an den Protesten zunahm, läutete die Massendemonstration am Dienstag, den 23. November, für die wir von der Schülergewerkschaft und von Izquierda Revolucionaria entschlossen mobilisiert hatten, alle Alarmglocken bei den Herrschenden: Der Kampf musste beendet werden, koste es, was es wolle. Innerhalb weniger Stunden unterzeichnete die bis dahin überforderte und gelähmte Bürokratie der Gewerkschaften CCOO und UGT eine Vereinbarung mit den Bossen, die den Beschäftigten einige Krümel hinwarf, und manipulierte die öffentliche Meinung, indem sie über die „Versammlungen“ log, die diese Vereinbarung angeblich ratifiziert hätten.

Das auffälligste Merkmal des Metallstreiks in Cádiz ist, dass er begonnen hat ohne dass die Gewerkschaften, die zum Streik aufgerufen hatten (CCOO und UGT) in Erscheinung traten. Zu Beginn der Tarifrunde befanden sich die Bürokratien beider Gewerkschaften in der Zange: auf der einen Seite der Druck der Arbeiter, auf der anderen die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber (eine Unnachgiebigkeit, die von den Gewerkschaften selbst genährt wurde, als diese bei der Aushandlung der beiden vorangegangenen Abkommen auf beschämende Weise kapituliert hatten).

Um dieser Zange zu entkommen, hat die Gewerkschaftsbürokratie zunächst zu zwei Streiktagen am 9. und 10. November sowie zu einem unbefristeten Streik ab 16. November aufgerufen.

Ein unbefristeter Streik ist eine ernste Herausforderung. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse braucht 100 Prozent ihres monatlichen Lohns zum Überleben und die Abzüge, die ein solcher Streik mit sich bringt, sind ein großes Opfer. Es bedarf einer guten Organisation der gesamten Arbeiterklasse, um einen mächtigen Widerstandsfonds aufzustellen, der diese Verluste ausgleichen kann. Nur so kann ein Streik ohne Enddatum geführt werden.

Natürlich hatte die Bürokratie nicht die Absicht, auch nur einen Finger zu krümmen, um diesen Streik zu einem Erfolg zu machen. Da sie seit langem daran gewöhnt sind, Entscheidungen hinter dem Rücken der Arbeiter zu treffen, hielten sie es nicht für nötig, vorher Versammlungen einzuberufen. Sie haben weder einen Forderungskatalog ausgearbeitet, der die begeisterte Unterstützung der Metallarbeiter hätte gewinnen können, noch haben sie Flugblätter oder Plakate erstellt. Sie haben zum Streik aufgerufen, um dem Druck von unten ein Ventil zu geben, aber sie hatten zu keinem Zeitpunkt die Absicht, diesen Druck gegen die Arbeitgeber zu richten.

Trotz dieser kompletten Vernachlässigung seitens der Gewerkschaftsführung war die Reaktion der Arbeiter in dem Sektor großartig. Der Streik war allumfassend, die Streikposten massenhaft und so kämpferisch, dass sie die brutalen Angriffe der Polizei abwehren konnten.

Überwältigt und verängstigt von der Stärke der Bewegung, die sie unwissentlich in Gang gesetzt hatten, und unter Druck der Regierung, die verhindern wollte, dass dieser Arbeitskampf zum Bezugspunkt für die gesamte Arbeiterklasse im Land wird, haben sich die Führer von CCOO und UGT in die Arme der Bosse geworfen. Sie waren weit davon entfernt, auf diese außergewöhnliche Stärke und Entschlossenheit des Streikes zu verlassen, um eine tatsächlich vernünftige Einigung zu erzielen.

Die Arbeiterklasse sagt: Genug ist genug!

Wir sind Zeugen eines außergewöhnlichen Kampfes geworden. Er stellt einen echten Meilenstein, ein Vorher und Nachher in der Politik des sozialen Friedens dar, die die PSOE-UP-Regierung mit den Gewerkschaftsbürokraten durchzusetzen versucht hat. Die Jahre der Massenbewegungen, von 15-M bis zu den „Marchas de la Dignidad“, haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Welle von Angriffen, die wir nach der Krise von 2008 und erneut nach dem Schock der Pandemie erlitten haben, haben die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse verallgemeinert und verschärft.

In dieser Situation haben junge Arbeiter, die sich in den letzten Jahren dem Kampf angeschlossen haben, eine wichtige Rolle gespielt. Sie gehören nicht zu den Gewerkschaftern, die einen Rückschlag nach dem anderen hinnehmen und die die kämpferischen Sektoren mit Misstrauen und Verachtung betrachten, sie sind kein Teil der Arbeiteraristokratie. Aber diese Millionen von prekären, bestialisch ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern sind im ganzen Land im Mittelpunkt des Klassenkampfes.

Der Metallstreik in Cádiz hat gezeigt, dass in dem Moment, in dem ein Banner des Kampfes gehisst wird, hinter dem sich keine versteckten Interessen einer Gewerkschaftsbürokratie oder einen Politiker-Clique verbirgt, die kämpferischen Traditionen unserer Klasse wieder in den Vordergrund treten.

Die Rolle der revolutionären Kommunisten in diesem Kampf

Wir von Izquierda Revolucionaria (IR) haben mit all unserer Kraft in diesen Streik eingegriffen, um zu seinem Sieg beizutragen. Die Demonstration am Dienstag, dem 23. November, bei der mehr als 12.000 Metallarbeiter und Schüler – von der Schülergewerkschaft zum Streik aufgerufen – zusammenkamen, war ein gewaltiger Erfolg. Die Gewerkschaftsbürokraten schafften es nur, eine Handvoll Delegierte zu versammeln, während Tausende beschlossen, sich hinter unsere Banner zu stellen – ein Zeichen für die Zukunft!

In den vier Tagen vor dieser Demonstration (der größten während des Streikes) verteilten die Mitglieder der Schülergewerkschaft und von Izquierda Revolucionaria mehr als 20.000 Flugblätter in den Schulen, Instituten, Werften, Zuliefererbetrieben und an den Streikposten, teilweise ab fünf Uhr morgens. Durch unsere Taktik aus Information, Agitation und Intervention an der Seite der Streikenden, durch die Massenversammlungen an den Streikposten und durch die Treffen der Schülergewerkschaft mit Dutzenden von Schülern konnten wir einen großen Schritt nach vorn machen. Darüber hinaus war die Aktivität unserer Gewerkschaftskader und der Aktivisten der CGT-Metaller und der Coordinadora de Trabajadores del Metal (CTM) – zwei Gewerkschaften, die in diesem Streik an vorderster Front standen – der Schlüssel zum Erfolg der Demonstration am 23.11.

In der Praxis des Klassenkampfes erweist sich der wahre Wert einer revolutionären Organisation. Wir haben schnell begriffen, dass der Streik nur dann vorankommen kann, wenn er nicht isoliert wird und haben uns deshalb dafür eingesetzt, den Kampf weiter zu organisieren, ihn auszuweiten und die gesamte Arbeiterklasse daran zu beteiligen.

Dieser Streik markiert einen Wendepunkt

Was wir in Cádiz erlebt haben, ist der Zerfall des Programms des neuen Reformismus, des Programms der Minister von Unidas Podemos, die sich damit begnügt haben, Propagandisten der PSOE-Politik und Sprachrohre der Gewerkschaftsbürokratie zu werden. Sie haben in diesem Kampf die Rolle von Feuerwehrleuten gespielt, da sie befürchteten, dass jede weitere Eskalation die politische Stabilität, die sie so innig anstreben, gefährden könnte.

Die erbärmlichen Erklärungen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Enrique Santiago, im Radio Nacional, in denen er um das „Vertrauen“ der Arbeiter bittet, während die Repressionsorgane seiner eigenen Regierung sie verprügeln, sind ein gutes Beispiel wie weit jenseits sie von den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse stehen.

Die Arbeiter von Cádiz sind jahrzehntelang gegängelt worden. Doch angesichts aller Angriffe, von der Umstellung der Marine-Produktion in den 80er-Jahren bis zu Schließung von Delphi 2007, war die Reaktion der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung massenhaft und kämpferisch. CCOO und die UGT gerieten immer mehr in Misskredit, da ihre Führer diese Kämpfe immer wieder verraten haben. Das erklärt, warum es in Cádiz unter der Regierung von PSOE und UP zu den ersten sozialen Ausbrüchen gekommen ist.

Die Unterzeichnung der Vereinbarung und die Absage des Streiks durch CCOO und UGT ändern nichts an den Schlussfolgerungen aus diesem Streik. Dieser Aufstand hat gezeigt, dass wir stark sind: Wir haben die Produktion in diesem Sektor vollständig lahmgelegt, wir haben eine breite gesellschaftliche Unterstützung organisiert und die staatliche Repression konnte uns nicht zum Einlenken bewegen.

Zweitens: Die Bürokraten von CCOO und UGT – gut geschmiert durch die Subventionen des Staates und der Arbeitgeber – haben es zwar geschafft, sich vorläufig durchzusetzen, gehen aber aus diesem Kampf beschädigt, untergraben und geschwächt hervor denn je hervor.

Wir müssen eine klassenorientierte, kämpferisch, militante und demokratische Gewerkschaftsalternative mit einem klaren antikapitalistischen Programm aufbauen.

Das Verhalten der politischen Führer, die das System verteidigen und diesen historischen Streik niederschlagen wollten, erinnert uns an eine weitere wichtige Schlussfolgerung. Die reformistische und parlamentarische Linke, deren Führer aus den kleinbürgerlichen Mittelschichten kommen, die nie mit der Ausbeutung in der Fabrik in Berührung gekommen sind und die jetzt den Charme des Parlaments, der Diäten, der Publicity und der Talkshows entdeckt haben, sind ein grundlegendes Bollwerk zur Eindämmung des Klassenkampfes.

In Cádiz hat die Arbeiterklasse die Bühne betreten und Licht auf die miserablen Bedingungen geworfen, die nichts mit den Lügen zu tun haben, die diese Parlamentarier verbreiten. Mit Entschlossenheit und Überzeugung hissen wir revolutionären Kommunisten unsere Fahne und stehen an der Seite unserer Klasse. Nicht zum persönlichen Vorteil, nicht um unser Ego zu befriedigen, sondern um das Bewusstsein und die Organisation voranzubringen. Deshalb organisieren wir uns in der Internationalen Revolutionären Linken und laden euch ein, euch uns anzuschließen! Jetzt ist die Zeit dafür!

Wahlerfolg der KPÖ Graz: Nur eine klassenkämpferische Linke kann die Rechte schlagen!



Katharina Doll

In den vergangenen Wahlen zum Grazer Gemeinderat am 26. September wurde die KPÖ mit 34.283 Stimmen (28,84%) zur stärksten Partei gewählt. Das erste Mal seit Jahrzehnten hat damit in Österreich eine Partei, die sich selbst „kommunistisch“ nennt, einen solchen Wahlerfolg errungen.

Kapitalistische Politik in der Krise.

Die kapitalistische Krise hat den Massen der österreichischen Arbeiterklasse boshafte Einschnitte auferlegt: 2010, 2011 und 2017 sind die Reallöhne gefallen. Die Mittelschicht ist seit der Krise 2008 weiter geschrumpft.

Die anhaltende Austeritätspolitik durch die Feder von ÖVP und SPÖ hat zum Niedergang ihres Rückhalts in den Massen geführt: Seit den Wahlen von 1945 von gemeinsam 94,4% der Stimmen auf weniger als die Hälfte in Umfragen.

Doch auf der Straße und in den Betrieben fanden wichtige Kämpfe statt: 2011 mit dem ersten landesweiten Vollstreik von 200 Metallbetrieben seit 25 Jahren, 2017 mit mehr als zehntausend Teilnehmern gegen den erneuten Regierungseintritt der FPÖ, 2018 gegen die Einführung des 12-Stunden-Tages, an dem sich Hunderttausende beteiligten und der alle linken Teile der Gewerkschaftsbewegung in einem Kampf vereinigte...

Aufstieg der FPÖ und Lehren für die Linke

SPÖ und ÖVP reagierten auf die Krise mit Klassenkampf von oben: 2010 beschlossen sie unter SPÖ-Kanzler Faymann unter anderem die Erhöhung der Massensteuern und Kürzungen der Sozialhilfe für junge Arbeiter und Rentner.

2016 ging die Kanzlerschaft an den Sozialdemokraten Kern, der die kapitalistische Kürzungsorgie weiterführte. Sein „Plan A“ war eine Fortsetzung der neoliberalen Austerität, verklärt durch heuchlerische Reden des Sozialdemokraten auf Massenbetriebsversammlungen.

Die Sozialdemokratie versuchte, den Diener zweier Herren zu mimen – und scheiterte! Ihre Politik der gespaltenen Zunge enttäuschte und ebnete den Weg für die Rechtspopulisten: 12% der SPÖ-Wähler der Nationalratswahl 2013 unterstützten 2017 die FPÖ. ÖVP und FPÖ gewannen zusammen 823.779 Stimmen, SPÖ und Grüne verloren 286.878.

Wieder an der Regierung erwies sich die FPÖ erneut als aggressiver Partner des Bürgertums: Durch Angriffe wie eine Neuauflage ihrer aggressiven, ausländischerfeindlichen Kampagnen, die Anhebung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich...

Doch während die anderen bürgerlichen Parteien ihre „Empörung“ über die hässliche Politik der FPÖ zur Schau stellen, hat ihre Politik der Rechten die Tore geöffnet: Durch eine parteiübergreifende Austeritätspolitik, die die Arbeiter entwaffnet und es der FPÖ ermöglicht hat, rückständige Schichten der Bevölkerung mit ihrer hetzerischen Propaganda anzusprechen und sie gegen die Arbeiter ins Feld zu führen.

Eine klassenkämpferische Linke aufbauen, um die Reaktion zu schlagen!

Der Regierungszeit der FPÖ folgte 2019 ihr Einbruch auf 16,17%. Aber die Krise der bürgerlichen Parteien erfasst nicht nur die FPÖ! Auch die Grünen, die keinen stabilen Ausweg aus der kapitalistischen Krise bieten können, stagnieren bei elf bis 14, die SPÖ bei 24 Prozent.

Nur eine Partei, die sich als entschlossene, kämpferische Alternative präsentiert, kann die Resignation bekämpfen und die Rechte schlagen.

Das hat der Wahlerfolg der KPÖ in Graz bewiesen. Dass ein solcher Wahlsieg möglich war, hängt mit der Tradition der Partei zusammen, die sich zur Zeit der Krise des Stalinismus in den 90er-Jahren anders aufstellte als im Rest des Landes. Statt auf sozialdemokratische Wahlbündnisse orientierte sie auf eine eigenständige, linksreformistische Kommunalpolitik und behielt zumindest in Worten den Bezug zu Marxismus und Kommunismus bei. Ihre Funktionäre greifen die Gegenreformen der SPÖ öffentlichkeitswirk-

sam an und beziehen nur einen Arbeiterlohn, wobei sie alles darüber an soziale Zwecke abgeben. Dazu kommt die betriebliche Rolle der KPÖ, die mit ihrem gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) – wenn auch nach wie vor in den Grenzen des Reformismus – stellenweise Alternativen zum Klassenkompromiss der Gewerkschaftsführungen aufzeigt.

Dieser Wahlsieg ist kein Zufall. All die heftigen öffentlichen Attacken auf die Partei im Vorfeld haben an der Wahlurne genau das Gegenteil bewirkt. Was könnte die Erosion des Vertrauens in die Institutionen des Bürgertums noch eindrucksvoller beweisen? Die Erfahrung in Graz zeigt das Potenzial für eine klassenkämpferische Linke und beweist, dass die Vorurteile der reichen Schichten gegen die Ideologie des Marxismus nicht die der arbeitenden Massen sind.

Kein Schritt zurück! Auf den Wahlsieg mit dem Kampf in den Straßen und Betrieben aufbauen!

Es ist kein Wunder, dass die bürgerlichen Kräfte alles getan haben, um den Sieg der KPÖ kleinzureden! Hinter ihren politischen „Analysen“ stecken eindeutige Interessen: Alleine 2019 flossen 250 Millionen Euro privates Kapital in den Grazer Wohnungsmarkt.

Die KPÖ fordert ein Ende aller Kürzungen. Doch Graz ist um rund 1,5 Millionen verschuldet. Auch lastet die internationale Wirtschaftskrise auf den Industriebetrieben: 2021 hat Magna seine Produktion für zwei Wochen eingestellt; nach Regionen wurde im Großraum Graz anteilig am häufigsten Kurzarbeit eingeführt. Bleiben die Konzerne privat und der gesetzliche Rahmen unangetastet, hat der Gemeinderat kaum Mittel, Kürzungen zu verhindern. Die Koalition, die die KPÖ mit SPÖ und Grünen eingegangen ist – in der die KPÖ als stärkste Partei nur drei Regierungsglieder stellt! – wird daran nichts Fundamentales ändern.

II. Kongress der Internationalen Revolutionären Linken

Am 13. und 14. November fand der zweite Kongress der Internationalen Revolutionären Linken (IRL) statt, an dem mehr als 230 Genossinnen und Genossen aus Spanien, Portugal, Deutschland, Mexiko und Venezuela teilnahmen.

Die Freude darüber, nach dem Albtraum der Pandemie wieder zusammenzukommen, und die Entschlossenheit, die Kräfte des Marxismus weiter aufzubauen, spiegeln sich in der Begeisterung wider, die alle Sitzungen durchdrang, sowie in einer beispiellos hohen Spendensumme: mehr als 21.000 Euro, die von Genossinnen und Genossen gespendet wurden. Ein inspirierendes Treffen, das zweifelsohne alle Aktivisten in der Zukunft in den Ideen und Methoden des echten Kommunismus bestärkt hat.

Historische Veränderungen der internationalen Beziehungen

In drei Sitzungen diskutierten wir internationale politische Perspektiven. Noch nie in der Geschichte war die Spezialisierung der Produktion so weit fortgeschritten. Globale

Unter dem Banner der Revolution kämpfen!

Die Warnungen der Vergangenheit sind deutlich. Die KPÖ Graz darf sich nicht auf ihre Arbeit im Parlament beschränken! Sie muss der Arbeiterklasse und Jugend einen Kampfplan vorlegen, denn nur sie können in den Betrieben und auf der Straße den Kampf um Verstaatlichungen und die demokratische Kontrolle des Wohnraums, der Banken und der Industrie gewinnen.

Auch muss die KPÖ jetzt Druck für Reformen aufbauen: die Enteignung aller Immobiliengesellschaften, eine zentrale Vergabe des Wohnraums, totale Trendwende beim Bau städtischer Gemeindewohnungen, Einführung einer 30-Stunden-Woche der städtischen Beschäftigten, Verstaatlichung der wichtigsten Betriebe... Eine Bürgermeisterin, die gestützt auf die Kämpfe der arbeitenden Masse derart populäre Reformen fordern würde, wäre ein Leuchtturm für ganz Österreich. Wenn sich die Koalitionsparteien einem solchen Kurs entgegenstellen, muss die KPÖ die Koalition verlassen, ihre Vorstöße auf der Straße und in den Betrieben verteidigen und Neuwahlen erwirken.

Die karitative Ausrichtung der Grazer KPÖ wird einer solchen Perspektive enge Grenzen setzen. Seit 1998 hat die KPÖ mit ihren Funktionsabgaben 2,5 Millionen Euro weitergegeben. Aber zehntausende Arme, explodierende Mieten und Lohnverluste können nicht durch karitative Abgaben von Parlamentariergehältern kompensiert werden!

Ohne eine revolutionäre Bewegung und einen antikapitalistischen Bruch wird die Perspektive eines Umbruchs scheitern. Es ist die Aufgabe der Marxisten, für einen revolutionären Kurs der KPÖ einzutreten und unter dem Banner des Marxismus für eine wirklich kommunistische Partei zu kämpfen, die Arbeiter und Arme im Kampf um eine sozialistische Zukunft vereint!

Wertschöpfungsketten, die gigantische Entwicklung des Güterverkehrs, die Informationstechnologie... sind die wesentlichen Elemente für eine rationale Planung der Produktivkräfte, die nötig ist, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Und diese Erscheinungen sind nicht nur in einer Handvoll Industrieländer zu finden, sondern sie sind Realität auf dem gesamten Planeten. Das Bild, das die freie Marktwirtschaft zeichnet, ist jedoch eine totale Katastrophe: Wir haben während der anderthalb Jahre andauernden Pandemie mit mehr als 5 Millionen Toten unter einer ökologischen Verwüstung gelitten, die das Überleben der Menschheit direkt bedroht. Die Unfähigkeit, aus



der Krise herauszukommen, spiegelt sich in der Verschärfung der imperialistischen Spannungen zwischen den USA und China. Der Aufstieg Chinas zur Supermacht und die Ausweitung seines politischen, diplomatischen und militärischen Einflusses verdienen die volle Aufmerksamkeit von Marxisten, ebenso wie der besondere Staatskapitalismus des Regimes von Xi Jinping.

Europäische Union

Der Kampf zwischen den Großmächten ist in eine neue Phase eingetreten, was sich auf die Europäische Union auswirkt, deren Position als treuer Verbündeter der USA untergraben wird. Die EU wird von zentrifugalen Tendenzen erschüttert. Das Post-Brexit-Chaos, der Nord-Stream-2-Pipeline-Konflikt, die Krise des deutschen Kapitalismus und das CDU-Debakel bei den letzten Wahlen und Russlands neue Position in diesem großen globalen Spiel sind einige der brennenden Themen, die wir ebenfalls diskutierten.

Lateinamerika

Die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß wie heute, was zu weit verbreiteten sozialen Unruhen führt. Während des Treffens konnten wir die revolutionären und konterrevolutionären Prozesse studieren, die den Kontinent erschüttern: die Aufstände in Chile und Kolumbien, der Bruch der Castillo-Regierung in Peru, die Krise des Bolsonarismus und die Wette der brasilianischen Bourgeoisie auf Lula, die Ergebnisse der argentinischen Wahlen, die Debatte den Slogan der verfassungsgebenden Versammlung...

Zusammenbruch des Reformismus

Die traditionellen Herrschaftsformen der Bourgeoisie sind ins Wanken geraten und die neuen Organisationen der reformistischen Linken mit ihrer Verteidigung eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz gescheitert. Die Neuen Linken Formationen sind in ein programmatisches und strategisches Debakel hineingezogen worden. Sie setzen auf sozialen Frieden und nationale Einheit, was zu Enttäuschung bei Zehntausenden von Aktiven führt, die dem Vormarsch der extremen Rechten machtlos gegenüberstehen. Trotz der Streikbrecherrolle dieser Sozialdemokratie 2.0 und der Gewerkschaftsbürokratie ist die Explosion der revolutionären Aufstände beeindruckend. Die Aufgabe, das Programm des revolutionären Marxismus wieder als Orientierung für die Kämpfe der Unterdrückten zu etablieren, steht vor großen Hindernissen. Das nicht zu sehen, wäre dumm. Aber es wäre noch dümmere, die allgemeine Dynamik und die Richtung, die das Weltgeschehen nimmt, nicht zu erkennen.

Kampf um Sozialismus

Arbeiterklasse und Jugend sind die stärksten Triebkräfte. Aber diese Kräfte brauchen eine bewusste Organisation, eine revolutionäre Partei. Bewaffnet mit dem Programm des wissenschaftlichen Sozialismus und den bolschewistischen Methoden, mit den in einer turbulenten Periode gesammelten Erfahrungen, mit einer neuen und umfassenden Schicht von Kadern, die unter harten Bedingungen geschmiedet wurden, wissen wir, dass es keinen anderen Weg gibt. Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen. ■

Neuerscheinung: Kommunistisches Manifest

Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels ist der bekannteste und am weitesten verbreitete Text des Marxismus. Seit seinem erstmaligen Erscheinen vor über 170 Jahren hat es unzähligen Generationen von Revolutionären in allen Teilen der Welt als politischer Leitfaden und als Inspiration in ihrem Kampf um eine andere Gesellschaft gedient. Es wurde seitdem in über 120 Sprachen übersetzt und in tausenden von Auflagen mit hunderten Millionen Exemplaren gedruckt.

Die Edition Friedrich Engels ist stolz, dass sie diesen Text als zweiten Titel ihres Programms veröffentlichen wird!

Geschrieben wurde das Manifest zur Jahreswende 1847/48 als Programm des „Bundes der Kommunisten“ – einer von kommunistischen Handwerkern gegründeten und international wirkenden revolutionären Organisation. Dieser Bund hatte sich im Laufe des Jahres 1847 auf den Boden der Ide-

en von Marx und Engels gestellt und die beiden gebeten, eine Grundsatzklärung auszuarbeiten. Diese Erklärung war das im Februar 1848 in London erschienene Manifest. Im Kommunistischen Manifest zeichnen Marx und Engels mit beeindruckender Sprachgewalt die Entstehung der modernen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den politischen Aufstieg der Bourgeoisie nach. Sie schildern die radikalen Umwälzungen, die der Kapitalismus überall auf der Welt hervorbrachte, und zeigen gleichzeitig auf, wie Privateigentum und Markt die Menschheit in eine Sackgasse führen, aus der es nur den Ausweg der proletarischen Revolution und des weltweiten Sozialismus gibt. Um diesen Ausweg zu verdeutlichen, präsentieren sie im Manifest eine ganze Reihe kommunistischer Forderungen und rechnen zuletzt mit utopisch-sozialistischen Strömungen ihrer Zeit ab.

Kaum ein anderer marxistischer Text legt so präzise die Grundideen der kommunistischen Weltanschauung dar. Der russische Revolutionär W. I. Lenin schrieb nicht umsonst über das Manifest: „Dieses kleine Büchlein wiegt ganze Bände auf!“ Es bleibt bis heute ein unverzichtbares Standardwerk für alle am Marxismus Interessierten.

Die von der Edition Friedrich Engels vorgelegte Neuveröffentlichung wird neben dem Haupttext alle Vorworte von Marx und Engels, die „Grundsätze des Kommunismus“ und weitere Texte als Anhang beinhalten. ■



Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus! Abonniere die Offensiv!

Um ein Abo bei uns abzuschließen, besuch' unsere Website und klicke rechts unter „Zeitung“ auf den Reiter „Abonnement“ oder besuche den folgenden Link:
<https://offensiv.net/index.php/abonnement-abschliessen>



Werde aktiv!

Wenn du selbst aktiv werden oder mit uns in Diskussionen treten willst, kontaktiere uns unter:



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossen und Genossinnen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Kapitalistische Gesundheitspolitik versagt! Gesundheitswesen und Pharmaindustrie sofort verstaatlichen!



Exekutivkomitee von Offensiv, Deutschland

Die Pandemieentwicklung in Deutschland hat eine katastrophale Dynamik angenommen. Am 07.12 lag die 7-Tage-Inzidenz bei 432,2, in Sachsen und Thüringen hat sie die 1.000 überschritten. Diese Entwicklung ist dramatisch und weist auf ein katastrophales Versagen der Bundesregierungen hin, der Coronapandemie entgegenzutreten.

Die Länder des westlichen Kapitalismus sind unfähig, die schwere Pandemie zu beantworten. Angetrieben von der tiefen kapitalistischen Krise haben sie in der neoliberalen Kürzungssorge der vergangenen Jahrzehnte alle Infrast-

strukturen zerstört, die zur Bekämpfung der Krise heute elementar nötig wären: Allein seit Pandemiebeginn wurden rund 2.000 Intensivbetten abgebaut.

Die Maßnahmen, die derzeit zur Pandemiebekämpfung betont werden, sind maßgeschneidert, um diese Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten und auf Grundlage eines maroden Gesundheitssystems die schlimmste Eskalation zu verhindern. Um die Katastrophe zu beenden, brauchen wir einen Kampf um ein Ende der kapitalistischen Gesundheitspolitik, und für ein sozialistisches Programm zur Pandemiebekämpfung.

Fortsetzung auf Seite 8



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp
unter 0162 8359272 oder den
Kontaktdaten auf Seite 15.

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION